

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Eklat beim Besuch des französischen Ministerpräsidenten in China: Eine Lektion für Paris

Im November 1992 hatte die damalige französische Regierung, die noch von der Sozialistischen Partei gestellt worden war, den Verkauf von 60 Mirage-2000-Kampfbombern an Taiwan gebilligt - und damit sogleich Proteste bei der Beijing Regierung ausgelöst.

Als im März 1993 eine neue - diesmal konservative - Regierung unter Edouard Balladur die Regierung übernahm, wurde beschlossen, die Notbremse zu ziehen und die Mirage-Entscheidung der Vorgängerregierung zu revidieren, ein Milliarden-Opfer, da bis dahin keine einzige Mirage an Taiwan ausgeliefert worden war.

Offensichtlich hatte sich die Balladur-Regierung nicht nur durch "Strafmaßnahmen" Beijings (Schließung des französischen Generalkonsulats in Guangzhou), sondern auch durch die Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft i.J. 1992 (13%!) sowie durch demonstrative Aufträge Chinas an die deutsche Wirtschaft (vor allem im Zusammenhang mit dem Besuch Bundeskanzler Kohls im November 1993) beeindrucken lassen. (Ausführlich dazu C.a., Januar 1994, Ü 1.)

So kam es denn am 12. Januar 1994 zur Unterzeichnung eines gemeinsamen chinesisch-französischen Kommuniqués, in dem beide Seiten "ihre traditionell freundschaftlichen Beziehungen und ihre Zusammenarbeit auf der Basis jener Prinzipien wiederherstellen sollten, auf denen auch ihre diplomatischen Beziehungen errichtet wurden". (XNA, 13.1.94) Außerdem sollte, hieß es in dem Communiqué weiter, der neue Ministerpräsident Balladur in naher Zukunft die Volksrepublik besuchen.

Dieser Besuch nun fand vom 7. bis 10.4.94 statt - und zwar, wie es offiziell hieß, aus Anlaß des 30. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die i.J. 1964 (unter der Leitung de Gaulles) noch als Sensation ersten Ranges empfunden worden waren und die der chinesischen Außenpolitik denn auch eindrucksvoll im Gedächtnis geblieben ist.

Allerdings ist es seitdem zu zahlreichen Verstimmungen zwischen beiden Seiten gekommen, die dazu geführt haben, daß 16 Jahre lang kein französischer Regierungschef mehr nach China gekommen war, während sich andererseits deutsche Bundeskanzler in diesem Zeitraum mehrere Male haben sehen lassen, angefangen von Helmut Schmidt bis Helmut Kohl.

Vor allem waren es drei Punkte, die auf chinesischer Seite besondere Verärgerung haben aufkommen lassen, nämlich die Schlüsselrolle, die Frankreich bei der Aufnahme politischer Dissidenten im Anschluß an das Beijinger Massaker von 1989 gespielt hat, des weiteren die Zusage für eine Lieferung von 6 Fregatten der Lafayette-Klasse an Taiwan, die 1990 erfolgte, dann allerdings Mitte 1991 von Paris wieder zurückgenommen wurde (dazu C.a. November 1992, Ü 42), und schließlich das bereits erwähnte Mirage-Geschäft.

Balladur wurde bei seiner Visite im April von Außenminister Alain Juppé, vom Minister für Industrie, Postwesen und Außenhandel, Gérard Longuet, sowie zahlreichen Spitzenbeamten und Wirtschaftsvertretern begleitet.

Die Gesprächsergebnisse waren mager. Man war sich darin einig, daß beide Seiten als Mitglieder des Ständigen Ausschusses des UNO-Sicherheitsrats enger zusammenarbeiten müßten, daß Frankreich, zweitens, auf der Basis der Gleichheit sich um Aufträge im Transport-, Energie- und Telekommunikationsbereich bewerben sollte und daß

die chinesische Regierung drittens dem Ausbau der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen gegenüber "positiv eingestellt" sei. Außerdem wolle Frankreich den "Wiedereintritt" Chinas ins GATT unterstützen. (XNA, 8. und 9.4.94) Beide möchten auch in der Kambodschafrage weiter eng zusammenarbeiten. (XNA, 9.4.94)

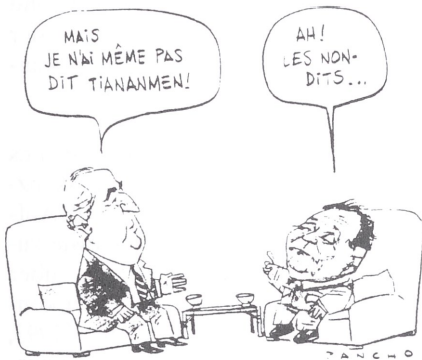
Konkrete Wirtschaftsabschlüsse gab es dagegen nicht. Während Bundeskanzler Kohl im November 1993 mit Aufträgen von rund 3 Mrd. DM (sowie zusätzlichen Absichtserklärungen über 3,3 Mrd. DM) hatte zurückkehren können (Näheres C.a., November 1993, Ü 1 und Ü 18), war Balladur leer ausgegangen. Deutlicher hätten die Chinesen ihre unterschiedliche Einstellung gegenüber den europäischen Nachbarstaaten kaum zum Ausdruck bringen können!

Doch schlimmer noch als die mageren Resultate waren die Modalitäten, die den Besuch Balladurs begleiteten und mit denen die chinesische Regierung dem Gast ganz offensichtlich die kalte Schulter zeigen wollte, obwohl sie ihn formell mit allen Ehren empfing, wie sie einem Regierungschef protokollarisch nun einmal zustehen!

Es begann damit, daß 4 Tage vor dem Eintreffen Balladurs der bekannteste Dissident Chinas, Wei Jingsheng, der 1979 wegen seiner regierungskritischen Äußerungen eingesperrt und erst kurz vor der Entscheidung über die Olympia-Bewerbung Beijings nach 14 Jahren wieder freigelassen worden war (1993), erneut in Polizeigewahrsam genommen wurde - und dies wohl gemerkt am Vorabend des Besuchs eines Regierungschefs, dessen Land sich 1989 ganz besonders engagiert für die chinesischen Dissidenten eingesetzt hatte.

Gleichwohl hatte Balladur die Zähne aufeinander gebissen und sich gehütet, das Wort "Tiananmen" in den Mund zu nehmen (vgl. die beigefügte Karrikatur!) - zumindest sprach er die Menschenrechtsfragen nicht in der Öffentlichkeit an, sondern erörterte sie angeblich nur hinter verschlossenen Türen. Die Hoffnung, daß die französische Industrie bei der bevorstehenden Vergabe der Hochgeschwindigkeits-eisenbahn sowie beim weiteren Ausbau des Atomkraftwerkes Daya berücksichtigt werden sollte, ließ Forderungen nach einer stärkeren Berück-

sichtigung der Menschenrechte in den Hintergrund treten. Balladurs Devise war "Plus de discrétion que de publicité". (*Le Monde*, 12.4.94)



Balladur: "Ich hab das Wort Tiananmen nicht einmal in den Mund genommen!"
Deng Xiaoping: "Ah ja! Das Ungesagte!"
(Aus: *Le Monde*, 12.4.94)

Doch alles half nichts, weil die Chinesen immer noch mehr Scheite nachlegten.

Balladur mußte nämlich erfahren, daß nicht nur Wei Jingcheng vier Tage vor der Ankunft Balladurs festgesetzt, sondern daß am Tag seines Eintreffens, nämlich am 7. April, auch Xu Wenli festgesetzt worden war - ebenfalls ein bekannter Anführer der "Demokratischen Mauer-Bewegung" von 1987/79, der nach 12 Jahren Gefängnis im Mai 1993 entlassen worden war. Damit nicht genug, wurden auch noch weitere Dissidenten in Polizeigewahrsam genommen. Dies konnte nun einfach kein Zufall mehr sein, weshalb *Le Monde* (13.4.94) nachträglich eine Dramaturgie von "fünf Etappen" rekonstruierte:

- Etappe Nr.1: Wei Jingcheng wird vier Tage vor der Ankunft Balladurs festgenommen.

- Etappe Nr.2: Am Tag der Ankunft des französischen Premiers wird Xu Wenli in polizeilichen Gewahrsam genommen.

- Etappe Nr.3: Während Balladur sich auf dem Flug von Beijing nach Shanghai befindet, wird ein weiterer bekannter Dissident, Wang Fucheng, in Shanghai festgenommen - am Freitag, den 8. April.

- Etappe Nr.4: Kurze Zeit später erfolgt die Festnahme zweier zusätzlicher prominenter Dissidenten von der Shanghaier Szene, nämlich Bao Ges

und von Yang Zhou. Yang Zhou erhielt provozierenderweise auch noch Gelegenheit, von sich aus die ausländische Presse zu unterrichten - eine offensichtlich ebenfalls gezielte Aktion.

- Etappe Nr.5: Beginnend mit Sonntag, dem 10. April, d.h. dem Abreisetag Balladurs, werden die Dissidenten nach und nach wieder auf freien Fuß gesetzt, allen voran Wang Fucheng, der u.a. auch bekanntgab, daß er während der Einvernahme geschlagen worden sei. Auch Bao Ge und Yang Zhou durften wieder nach Hause zurückkehren, wurden aber unter Hausarrest gestellt. Gleichzeitig wurden ihre Telefone gesperrt, so daß ausländische Journalisten sich mit ihnen jetzt nicht mehr in Verbindung setzen konnten. Yang Zhou konnte den AFP-Korrespondenten allerdings noch darüber informieren, daß er "wegen Balladurs Besuch arrestiert worden sei". (IHT, 12.4.94)

Bao und Yang waren zuerst zu einer Polizeistation gebracht und dann bis Sonntag in zwei verschiedenen Hotels einquartiert worden, und zwar unter Polizeiaufsicht.

Wie sollte Balladur sich in dieser Situation verhalten? Als er am 8. April abends in Shanghai eintraf und von der soeben erfolgten Festnahme Bao Ges und Wang Fushengs unterrichtet wurde, "platzte ihm der Kragen". Er finde dieses Verhalten "inacceptable", ließ er verlauten (*Le Monde*, 10.11.4.94). Chinesisch interpretiert, hatte er ganz offensichtlich Gesicht verloren.

Die französische Presse stürzte sich denn auch sofort auf den Fall und goß Vitriol über den Ministerpräsidenten, wobei allerdings auch das Selbstmitleid mit einfloß.



"Diese Schreie sind unerträglich. Schon dreimal hab' ich mit meiner Addition wieder von vorn beginnen müssen!!!"

(Aus: *Le Monde*, 11.4.94)

Vor allem gab es jetzt Spekulationen darüber, von wem die Nadelstiche wohl ausgingen. Die einen vermuteten einen Streit in der Führung über die Behandlung Balladurs, die anderen sahen in den offensichtlich gezielten Provokationen einen Rachefeldzug Li Pengs, der von seinem Amtskollegen Balladur bei der Gegeneinladung nach Frankreich düpiert worden war. Balladur hatte nämlich nicht Li Peng eingeladen, der als einer der Hauptschuldigen am Tiananmen-Massaker gilt, sondern - an ihm vorbei - den KPCh-Vorsitzenden und Staatspräsidenten Jiang Zemin.

Trotz seines "Embarrassements" (so *Le Monde*, 13.4.94) gewann Balladur schnell wieder Fassung und bezeichnete am Schluß seinen Chinabesuch als "vollen Erfolg" - trotz der "Verzerrungen", die einige französische Journalisten geliefert hätten. (XNA, 23.4.94)

All diesen zuversichtlichen Bekundungen zum Trotz wäre es jedoch ein Wunder, wenn Frankreich in nächster Zeit wirklich einen chinesischen Großauftrag bekäme. Die französische Aufholjagd dürfte also noch einige Zeit brauchen, ehe sie wieder Anschluß gefunden hat. -we-

*(2)

Zunehmende strategische Zusammenarbeit zwischen China und Myanmar

Lange Zeit standen die Birmanen dem nördlichen Nachbarn China mit gespannter Aufmerksamkeit und Unruhe gegenüber. Höhepunkt eines abgrundlosen Mißtrauens waren die Jahre der Kulturrevolution, die 1966/67 auch in Birma demonstrativ eingeläutet worden waren, als nämlich Huaqiao-Rotgardisten in den Straßen Ranguns (heute: Yangon) demonstrierten und den Sturz der Regierung forderten.

Seit dem Machtantritt Deng Xiaopings und dem Beginn der Reformen hat sich aber auch hier die Lage beruhigt - und sogar überraschend gebessert. Dies hängt einmal damit zusammen, daß die außenwirtschaftlichen Beziehungen zu China in dem Maße zunahm, als das SLORC (State Law and Order Restoration Council)-Regime ein kleines Wirtschaftswunder in Myanmar zustandebringen - und im Zeichen dieser Entwicklung auch die Tore zur Außenwelt öffnen konnte.

Auch hat das SLORC-Regime Zutrauen zum nördlichen Nachbarn gefaßt, seit dieser nicht mehr die (in Birma verbotene) Burmese Communist Party und andere ethnische Gruppen in ihrem Widerstand gegen die Regierung unterstützt.

Während Beijing die Regierung in Yangon früher bekämpft hatte, ist sie jetzt - gerade umgekehrt - zu einer Politik der Unterstützung übergegangen.

(Zu Chinas wachsendem Einfluß auf Myanmar, vor allem zu den Stichworten Waffen, Straßen, Häfen und Grenzen vgl. vor allem C.a., Mai 1993, Ü 2.)

Seit Beginn der 90er Jahre besteht zwischen beiden Seiten eine Zusammenarbeit, die durchaus schon strategisch genannt werden kann, insofern nämlich China dem SLORC-Regime Waffen liefert, während dieses umgekehrt der VBA einen Horchposten im Golf von Bengalen eröffnet hat. Die Waffen - es handelt sich hier fast ausschließlich um leichte Waffen und um Munition - benötigt die Regierung, wie Beijing sehr wohl weiß, für den Kampf gegen die (früher von China unterstützten) Widerstandskräfte im Inneren.

Die Zusammenarbeit zwischen China und Myanmar bereitet vor allem der indischen Politik Kopfzerbrechen. Schon seit Beginn des Jahres 1993 hatte die indische Regierung Informationen darüber bekommen, daß chinesische Marinetechniker im Bereich des Irrawaddy-Deltas und im südbirmanischen Hafen von Mergui, vor allem aber im Umfeld des geplanten Tiefseewasserhafens von Thiwala (ebenfalls am Irriwaddy-Delta) tätig seien. (N, 10.4.93)

Auch war es zwischen China und Myanmar in den vorangegangenen Monaten zu zahlreichen subtilen Austauschbewegungen gekommen. (Näheres dazu C.a., April 1993, Ü 5.) All diese Meldungen paßten gut in die indischen Vorstellungen und Ängste hinsichtlich einer heraufkommenden "Zwei-Ozean-Marinemacht" China, zumal sich inzwischen auch Meldungen über eine verstärkte Aufrüstung der chinesischen Marine gehäuft hatten. Spiritus rector der neuen Strategie ist offensichtlich Admiral Liu Huaqing, der beim XIV. Parteitag ins Politbüro gewählt wurde und der offensichtlich besonderen Wert auf eine "profession-

nalistische Linie" in der VBA - und damit gleichzeitig auch auf den Ausbau einer schlagkräftigen Marine legt.

Sollten die Horchposten auf zwei unbewohnten Inseln in der Bucht von Bengalen am Ende gar Vorbereitungen für den Aufbau einer chinesischen "Vorwärtsbasis" sein? In diesem Fall erwürbe die VBA - zum Kummer Delhis - einen Marinestützpunkt am westlichen Eingang zu den "Straits", d.h. zur Malakka- und zu anderen Schifffahrtsstraßen.

China bezeichnet solche Verdachtsmomente erwartungsgemäß als aus der Luft gegriffen; doch ist andererseits nicht von der Hand zu weisen, daß nach dem Rückzug der beiden Supermächte die asiatischen Mächte selbst im Begriff sind, die von der UdSSR und von den USA hinterlassenen "Vacua" auszufüllen. Auch Indien ist im Bereich des Indischen Ozeans nicht gerade zurückhaltend vorgegangen! Möglicherweise wollte China mit seiner Andamanen-Initiative hier nur gehalten.

Der Verdacht, daß China im Golf von Bengalen eine Vorwärtsbasis errichtet, drängt sich der Regierung in Delhi auch insofern auf, als die Volksrepublik in der Zwischenzeit auch wieder voll mit dem Ausbau der Infrastruktur Myanmars beschäftigt ist. Die Chinesen bauen Telekommunikationseinrichtungen, modernisieren Straßen des rückständigen Landes und bauen vor allem Brücken. U.a. kam es beispielsweise am 31.Juli 1993 zu einer feierlichen Zeremonie anlässlich der Eröffnung der Yangon-Thanyin-Brücke in einem östlichen Vorort von Yangon, die mit chinesischer Hilfe gebaut worden war. (XNA, 1.8.93)

Offensichtlich ist die VR China damit beschäftigt, sich über das Gebiet von Myanmar einen Straßenzugang zum Indischen Ozean zu schaffen. Das SLORC-Regime scheint Absichten dieser Art durchaus zu begrüßen, zumal internationale Infrastrukturhilfe nur schwer zu haben ist: Nach wie vor nämlich sieht es sich mit Vorwürfen konfrontiert, daß es die Menschenrechte verletze und vor allem die Bürgerrechtlerin Aung San Suu Kyi, die Führerin der "Nationalen Liga für Demokratie", die bei den Wahlen von 1990 einen überwältigenden Sieg erzielt hatte, nach wie vor unter Hausarrest in Yangon halte.

Hier sitzen China und Myanmar in einem gemeinsamen Boot. Für beide ist die Zusammenarbeit überdies, wie erwähnt, durchaus vorteilhaft, auch wenn birmanische Betriebe unter dem ständigen Druck der chinesischen Konkurrenz stöhnen.

Im Zeichen der bilateralen Kooperation ist es auch zu einem Ausgleich entlang der 2000 km langen gemeinsamen Landesgrenzen gekommen. Im August 1993 fand beispielsweise die 2. Sitzung des "Chinesisch-Birmanischen Grenzinspektionskomitees" in Yangon statt. (XNA, 12.8.93)

Am 8.April 1994 wurde ein Abkommen zwischen China, Laos und Myanmar über die Demarkierung im gemeinsamen Grenzgebiet unterzeichnet. In Zukunft solle das Dreiländereck eine Region des "ständigen Friedens, der Freundschaft und der Kooperation zwischen den drei Seiten sein", hieß es. (XNA, 9.4.94)

Ferner bestehen Pläne, ein "neues wirtschaftliches Viereck" in Südostasien unter Beteiligung Chinas auszubauen, an dem Nordthailand, Südchina, Myanmar und Laos beteiligt sind. (Näheres dazu in C.a., März 1993, Ü 1.) -we-

*(3)

Li Peng und seine Reise durch fünf Länder Zentralasiens

Vgl. das Thema im vorliegenden Heft.

Innenpolitik

*(4)

Die Personalhoheit der Parteizentrale und die Disziplinierung regionaler Führungen: Beijing statuiert ein Exempel

Eine der wichtigsten Begleiterscheinungen der chinesischen Reformpolitik ist der Machtverfall der Zentrale und die Verfolgung regionaler Sonderinteressen durch eigenwillige Provinzfürhungen. Die Zentrale hat seit dem letzten Jahr immer wieder dringende Appelle an die regionalen politischen